

tadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Frauenbüro/Gleichstellungsstelle	Datum 10.12.2003
	Schriftführerin Telefon-Nr. Gitta Schablack 02202/142647
Niederschrift	
Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	Sitzung am Mittwoch, 26. November 2003
Sitzungsort Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 19.00 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 24.09.2003
597/2003**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2194 - Gladium -
- Informationen zu dem geplanten Einkaufszentrum "Gladium City-Galerie"
593/2003**

7. **Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder nach dem Bergisch Gladbacher Modell.**
575/2003
8. **Beitrag des Aufgabenbereichs "Tagesbetreuung für Kinder" zum Haushaltssicherungskonzept einschließlich der Änderung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten**
591/2003
9. **Situation erwerbstätiger Frauen**
595/2003
10. **Mittelverwendung der Haushaltsstelle "Öffentlichkeitsarbeit" 2004 des Frauenbüros/Gleichstellungsstelle**
544/2003
11. **Frauenpolitische Informationen**
596/2003
12. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**

2. **Mitteilungen der Vorsitzenden**

3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende eröffnet die 23. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste. Sie stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 24.09.2003

@->

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis. Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Die Vorsitzende berichtet von ihrer Absicht, den Arbeitskreis Bergischer Unternehmerinnen, der seinen Ursprung in ersten Veranstaltungen der Regionalstelle hat, zu einer der kommenden Sitzungen einzuladen. Der ABU hat in diesem Jahr sein 5-jähriges Jubiläum gefeiert.

Im Rahmen einer Veranstaltung von RegioNet und dem Runden Tisch gegen häusliche Gewalt hat die Vorsitzende ein Schreiben des Frauenhauses Bergisch Gladbach erhalten, das Schwierigkeiten aufgrund der Kürzung der Landeszuschüsse in Höhe von 30 % aufzeigt. Das Schreiben wurde den Ausschussmitgliedern in Kopie vorgelegt. In einer späteren Sitzung soll auf den Inhalt näher eingegangen werden.

Die Sitzungstermine im Jahr 2004 gibt die Vorsitzende wie folgt bekannt:

- 10.02.2004
- 22.04.2004
- 23.06.2004.

Die Vorsitzende weist auf ein auf den Plätzen ausliegendes Schreiben von Herrn MdB Wolfgang Bosbach hin, das in Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des Frauenbüros einen erstmöglichen Termin in 2005 für eine Einladung nach Berlin aufzeigt. Im Hinblick auf die bevorstehende Kommunalwahl stimmen die Ausschussmitglieder darin überein, zunächst keinen Besuchstermin vormerken zu lassen. Frau Fahner wird gebeten, Herrn Bosbach eine schriftliche Rückmeldung zu geben.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Städte- und Gemeindebund die Zusendung eines Schreibens der Landesregierung vom 06.11.2003, das sich u.a. mit der Situation allein erziehender Mütter und Väter und ihrer Kinder in NRW befasst, gegen eine geringe Schutzgebühr ermöglicht. Einzelheiten zu diesem Angebot ergeben sich aus dem den Fraktionssprecherinnen auf ihren Plätzen ausgelegten Schreiben des Städte- und Gemeindebundes vom 20.11.2003.

Die Vorsitzende lädt die Ausschussmitglieder anlässlich der letzten Sitzung dieses Jahres nach Sitzungsende zu einer kleinen Feier ein.

<-@

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

@->

Herr Kreilkamp berichtet zur Weiterförderung der Regionalstelle Frau & Beruf für das Jahr 2004:

Aufgrund der im Landeshaushalt notwendigen Kürzungen von durchschnittlich 20% für das Programm "Regionalstellen Frau und Beruf" hat das Frauenministerium die Berechnungsgrundlage für die jeweilige Förderung der Regionalstellen geändert. Gemessen an der Einwohnerinnenzahl im Kreisgebiet beträgt die zugesagte Förder-summe für 2004 für die Regionalstelle Frau & Beruf im Frauenbüro 80.000 €. Der Zuschuss sinkt um 9 % von 88.934 € im Jahr 2003.

Aufgefangen werden diese Kürzungen durch Reduzierung der Arbeitszeit und Reduzierung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit. Die Aufteilung der Kosten bleibt unverändert (80 % Land NRW und 20 % Stadt Bergisch Gladbach).

Auch wenn es sich um empfindliche Kürzungen handele, sei damit die Arbeit Regionalstelle weiterhin gesichert.

<-@

6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2194 - Gladium - - Informationen zu dem geplanten Einkaufszentrum "Gladium City-Galerie"

@->

Die Vorsitzende berichtet von ihrem Ersuchen in der vergangenen Sitzung des Planungsausschusses, den vom AGFM verabschiedeten Leitfaden für Frauenbelange in der Stadtplanung im vorliegenden Verfahren zu berücksichtigen. Sie äußert ihren Unmut darüber, dass nach ihrem Kenntnisstand der Leitfaden erst aufgrund ihres Hinweises im Planungsausschuss an das beauftragte Architekturbüro übermittelt worden sei.

Frau Müller-Veit führt aus, der Leitfaden gehe stark auf das Wohnumfeld und die Alltagssituation von Frauen ein, wohingegen das Gladium ein Einzelprojekt mit lediglich punktueller Anbindung des Leitfadens zu den Themen „Angst- und Gefahrenräume“ und „Tiefgarage“ sei.

Auf Anfrage von Frau Kreft berichtet Frau Müller-Veit, dass die Frauenparkplätze standardmäßig in der ersten Ebene und direkt neben den Hauptzugängen angesiedelt werden. Des weiteren nimmt Frau Müller-Veit die Anregungen von Frau Kreft und

Frau Fahner entgegen, Frauenparkplätze zum einen durch eine klare Beschilderung und möglichst ohne Darstellung eines Kinderwagens zu kennzeichnen. Frau Müller-Veit sagt ebenfalls die Weiterleitung der von Frau Kolloch gegebenen Anregung zur Errichtung ausreichend großer Parkplätze für Mütter mit Kindern zu, weist allerdings auf einzuhaltende Vorgaben der Landesbauordnung hin. Besonders wichtig ist Frau Kolloch wegen der heute oft genutzten größeren Familienautos der seitliche Raum und die Höhe des Parkplatzes. Frau Schöttler-Fuchs äußert in diesem Zusammenhang ihren Unzufriedenheit darüber, dass bezüglich der Frauenparkplätze der Leitfaden in der vorliegenden Planung offenbar keine Verwendung gefunden habe.

Zum Zugang von der Grünen Ladenstraße zum Busbahnhof führt Frau Müller-Veit aus, dass auch nach Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten dort ab 22.00 Uhr geschlossen sein wird. Als Alternative soll parallel zum Gladium-Projekt ein Gehweg zu jeder Tages- und Nachtzeit eine Verbindung zum Busbahnhof gewährleisten. Dieser Fußweg soll im Gegensatz zur vorherigen Planung eine Breite von 2,50 m aufweisen. Frau Kreft sieht in der geplanten Länge und der Breite sowie dem nicht ausreichenden Lichteinfall von Seiten des Gladiums ein Sicherheitsrisiko. Der Bereich lade außerdem zu zweckfremdem längerem Aufenthalt und Hinterlassen von Dreck ein. Diese Bedenken äußert auch Frau Fahner und weist außerdem auf die fehlende Öffentlichkeit insbesondere in den Abendstunden hin. Frau Müller-Veit erläutert, der 60 m lange Gang führe an Geschäften vorbei und sei wegen der Öffnung zur Seite – hier ist ein Gelände von voraussichtlich 1,10 m Höhe vorgesehen - der Höhe von vier Metern und der Überdachung ein annehmbarer Bereich und als Alternative zum Zugang von der Grünen Ladenstraße her unverzichtbar. Eine ausreichende Beleuchtung sei geplant und könne vertraglich festgelegt werden. Beispielsweise sei eine Deckenbeleuchtung möglich.

Auf Anfrage von Frau Kreft berichtet Frau Müller-Veit, die für Fußgänger und Fußgängerinnen schwierige Überquerung im Bereich des Kreisverkehrs/Jakobstraße sei durch Auflagen gegenüber dem Vorhabenträger zu regeln.

Im Verlauf der Diskussion heben sich weitere Kritikpunkte hervor:

- **Es bestehen Bedenken bezüglich der Sicherheit des ca. 60 Meter langen Fußweges entlang der Stationsstraße. Eine gute Beleuchtung ist an dieser Stelle erforderlich.**
- **Im Bereich Kreisverkehr/Jakobstraße bestehen Bedenken hinsichtlich der Sicherheit bei der Überquerung der Straßen. Vertretbare Überquerungshilfen für Fußgängerinnen und Fußgänger sind an dieser Stelle unverzichtbar.**

Weiterhin fassen die Mitglieder des Ausschusses einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Ausschussmitglieder erwarten, dass der „Leitfaden für Frauenbelange in der Stadtplanung“ mit Beginn der Projektplanung angewendet wird.

Die Vorsitzende dankt Frau Müller-Veit für ihre Ausführungen.

<-@

Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder nach dem Bergisch Gladbacher Modell

@->

Herr Dr. Speer gibt zunächst das Beschlussergebnis des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport aus der Sitzung vom 25.11.2003 bekannt. Frau Holtzmann führt ergänzend zum Beschlussergebnis aus, grundsätzlich befürworte die CDU das Bergisch Gladbacher Modell. Eine zügige Einführung der Ganztagsbetreuung sei wünschenswert. Dies beinhalte eine qualitativ sehr gute Ausbildung und Betreuung. Ein Kriterienkatalog solle beinhalten, dass Qualität vor Quantität gehe, die Trägerbereitschaft vorhanden sein müsse und Investitionsmittel richtig geplant sein sollen. Die vom Land auferlegte Form der offenen Ganztagschule solle in kleinen Schritten im Einvernehmen mit den Eltern und Verbänden mit möglichst wenig leidvollen Erfahrungen eingeführt werden. Im Jahr 2005 solle über die Erweiterung des vorliegenden Angebotes erneut beraten und entschieden werden.

Frau Schöttler-Fuchs erklärt das Einvernehmen der SPD-Fraktion mit dem Inhalt der Vorlage. Besonders werde der Vernetzungsgedanke innerhalb der Grundschulen begrüßt.

Sie sehe auch die im vorliegenden Konzept vorgesehene Beteiligung der Trägervereine wegen der besonderer Fördermöglichkeiten der einzelnen Kinder als sinnvoll an.

Die ganze Maßnahme solle evaluiert und ein durchgängiges Ferienangebot mit einem besonderen Ferienprogramm verbindlich geregelt werden.

Frau Beisenherz-Galas bedauert das Votum für die Umsetzung an nur zwei Schulen außerordentlich und sieht aufgrund des geringen Angebotes das gesamte Projekt in Gefahr. Sie plädiert für eine klare Beschlussfassung für sieben Schulen. Frau Koshofer begrüßt das von der Verwaltung erarbeitete Angebot und sieht ebenfalls die Notwendigkeit der Umsetzung für mehr als zwei Schulen. Unabhängig davon regt sie an, das Angebot örtlich dem Bedarf anzupassen und bezieht sich dabei auf den Stadtteil Gronau. Frau Kreft sieht insbesondere die gewünschte Evaluation in Gefahr und spricht sich ebenfalls für mehr als zwei Schulen aus. Grundsätzlich hebt sie die sehr gute Qualität des Konzeptes hervor. Frau Lehnert betont das Erfordernis, die guten Strukturen der bestehenden Horte nur sukzessive im Gegenzug abzubauen, um eine möglichst problemlose Umstellung zu ermöglichen. Frau Böcher zeigt angesichts des Rückgangs von Betreuungsmöglichkeiten im familiären Umfeld die Notwendigkeit auf, durch das hier vorliegende Angebot Müttern die Chance zur Berufstätigkeit zu geben. Angesichts dieses Kriteriums sei es wichtig, in besonders betroffenen Stadtteilen zu beginnen. Sie würdigt das Konzept der Verwaltung als hervorragende Arbeit. Frau Fahner unterstreicht das aus ihrer Sicht gegebene Erfordernis, mit sieben Schulen zu beginnen besonders angesichts der in dieser Anzahl bereits zur Verfügung stehenden Träger, die aufgrund mehrerer unterschiedlicher Konzepte eine bessere Basis für die angestrebte Evaluationsphase bieten, im Sinne einer bestmöglichen Entwicklung des Projektes.

Die Vorsitzende stellt angesichts der bereits erfolgten Beschlussfassung im ABKSS erneut die Notwendigkeit der primären Befassung des AGFM mit diesem Thema sowie auch im Allgemeinen fest. An dieser Stelle werde der verspätete Beratungszeitpunkt besonders deutlich.

Wegen eines technischen Problems endet an dieser Stelle die Tonaufzeichnung der Sitzung. Nachfolgend werden daher lediglich die Ergebnisse wiedergegeben.

Nach intensiver Diskussion ergibt sich in Abänderung des Verwaltungsvorschlages mehrheitlich mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, GRÜNE und F.D.P. folgende **Beschlussempfehlung**:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das in der Sitzung des ABKSS vom 08.10.2003 und des JHA vom 14.10.2003 vorgestellte Bergisch Gladbacher Modell zur Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern an zwei Grundschulen ab 2004 umzusetzen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann nachfolgenden **Beschluss**:

2. Das Betreuungsangebot soll während der Ferien fortgeführt und mit einem vom Standardangebot abweichenden besonderen Ferienprogramm versehen werden.

<-@

@-><-@

8 **Beitrag des Aufgabenbereichs "Tagesbetreuung für Kinder" zum Haushaltssicherungskonzept einschließlich der Änderung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten**

@->

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Mitglieder des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann nehmen den Inhalt der Beschlussvorlage zur Kenntnis.

<-@

@-><-@

9 **Situation erwerbstätiger Frauen**

@->

Der Ausschuss nimmt den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

10 **Mittelverwendung der Haushaltsstelle "Öffentlichkeitsarbeit" 2004 des Frauenbüros/Gleichstellungsstelle**

@->

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann beschließt die Verwendung der Mittel für die Haushaltsstelle „Öffentlichkeitsarbeit“ 2004 des Frauenbüros/der Gleichstellungsstelle entsprechend dem Verwaltungsvorschlag.

<-@

11 **Frauenpolitische Informationen**

@-> <-@

@->

Die Mitglieder des AGFM nehmen den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis.

<-@

12 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

@->

Es gibt keine Anfragen.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.58 Uhr und stellt die Nicht-öffentlichkeit her.